



Nachrichten aus Brüssel

Konsultation: Gesundheitsdienstleistungen

Die Kommission hat am 26. September 2006 eine Mitteilung mit dem Titel „Konsultation zu Gemeinschaftsmaßnahmen im Bereich der Gesundheitsdienstleistungen“ verabschiedet. Der federführende Gesundheitskommissar *Markos Kyprianou* verfolgt eine Zwei-Säulen-Strategie: Zum einen soll hinsichtlich mehrerer, vom EuGH entschiedener Fragen zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung sowie zu weiteren Themenfeldern wie Haftung, Patienteninformation, Meldemechanismen etc. „Rechtssicherheit“ hergestellt werden. Wahrscheinlich ist eine EU-Richtlinie. Zum anderen geht es der Kommission nach eigener Aussage um die Unterstützung der Mitgliedstaaten in denjenigen Bereichen, in denen ein koordiniertes europäisches Vorgehen einen Mehrwert im Vergleich zu einzelstaatlichen Maßnahmen im Gesundheitswesen erbringen kann, z. B. bei der Vernetzung von Referenzzentren. Über die öffentliche Konsultation will die Kommission bis zum 31. Januar 2007 erfragen, welche Themen Gegenstand von EU-Maßnahmen sein sollten und welche Instrumente für die verschiedenen Themen geeignet sind. Danach will die Kommission bis Juni 2007 erste Vorschläge für ein weiteres Vorgehen erarbeiten.

Psychische Gesundheit

Am 6. September 2006 hat das Europäische Parlament mit großer Mehrheit einen Bericht zum Grünbuch der EU-Kommission „Die psychische Gesundheit der Bevölkerung verbessern – Entwicklung einer Strategie für die Förderung der psychischen Gesundheit in der Europäischen Union“ angenommen. Psychische Störungen sind das am schnellsten zunehmende Krankheitsbild in der EU. Jeder vierte EU-Bürger ist in seinem Leben mindestens einmal von einer ernsthaften psychischen Erkrankung betroffen; jährlich leiden innerhalb der EU 18,4 Mio. Menschen zwischen 18 und 65 Jahren an starken Depressionen. Das Parlament stellt die Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen in

den Vordergrund. Die Abgeordneten verlangen eine finanzielle Unterstützung der Forschungsarbeit. Zum Austausch unter den Mitgliedstaaten fordert das Parlament die Einrichtung eines Koordinierungsausschusses und die Angleichung der internationalen Indikatoren für die psychische Gesundheit der Bevölkerung.

Prävention von Verletzungen

Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Prävention von Verletzungen und zur Förderung der Sicherheit mit einem Aktionsplan vorgelegt.

Verletzungen stellen mit circa 235.000 Todesfällen pro Jahr die vierthäufigste Todesursache in der EU dar. Sie verursachen jährlich circa 7 Mio. (11 Prozent) Krankenhauseinweisungen und belasten mit einem Anteil von 20 Prozent an der krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeit die Gesundheits- und Sozialsysteme erheblich. Daneben sind Verletzungen und Unfälle die Haupttodesursache bei Jugendlichen und Kindern.

Die Empfehlung sieht folgendes vor: die Forschung über das EU-Aktionsprogramm „öffentliche Gesundheit“ zu unterstützen, den Aufbau eines zentralen EU-Informationssystems für Verletzungen, die Erstellung einzelstaatlicher Pläne für die Vermeidung von Unfällen und Verletzungen sowie Bürger-Informationskampagnen über Sicherheitsmaßnahmen.

Prioritäten des Aktionsplanes sind die Sicherheit von Kindern und Jugendlichen, die Sicherheit älterer Menschen und die Sicherheit von gefährdeten Straßenverkehrsteilnehmern wie Radfahrern, Fußgängern und Benutzern öffentlicher Verkehrsmittel. Daneben konzentriert sich der Plan auch auf die Prävention von Sportunfällen, Selbstbeschädigung sowie zwischenmenschlicher Gewalt beispielsweise im häuslichen Bereich.

Dr. Markus Schick,
Vertretung des Freistaats Bayern bei der Europäischen Union